

Warum eine Urwahl?

Die Zeichen der Zeit stehen auf Demokratisierung. Andere Parteien gehen damit bereits voran. Eine Urwahl würde nach außen deutlich machen: Bei der LINKEN bewegt sich was und jeder kann mitentscheiden! Diese Dynamik soll unserer Partei neuen Schwung geben – auch für die anstehenden Wahlkämpfe. Ein schlichtes „Weiter so“ kann es nach 5,5 % bei den Europawahlen und den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht geben. Die Partei braucht ein Zeichen des Aufbruchs. Wir brauchen Parteivorsitzende mit dem größtmöglichen Rückhalt innerhalb der gesamten Partei. Eine Urwahl ist die demokratischste Möglichkeit, genau das zu erreichen. Wir wollen auf diesem Wege auch die vielen inaktiven Mitglieder motivieren, sich wieder einzubringen. Wer eine Beteiligung der Basis als Affront empfindet, muss sein Verständnis von Partei hinterfragen.

Warum Teamkandidaturen?

Unsere Satzung schreibt zwingend eine gleichberechtigte Doppelspitze unter Berücksichtigung der Mindestquotierung vor. Einzelbewerbungen könnten deshalb das Verfahren übermäßig verkomplizieren und Basisdemokratie unmöglich machen. Im Zweifelsfall könnten durch Mindestquotierung und Stichwahlen bis zu vier Wahlgänge nötig werden. Die Lösung heißt: Teamkandidaturen! Auch soll unsere Urabstimmung zu einer personellen Lösung führen, bei der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von vornherein gewährleistet ist, die einen Ruhepol für die Partei bildet und einen positiven Auftritt nach außen pflegt. Niemand kann Interesse haben an einem Ergebnis mit einer Konstellation, in der die Parteispitze gegeneinander agiert und sich eben nicht als Team versteht. Allen ist klar: Am Ende wird es ohnehin Absprachen und die Bildung eines Teams geben, das miteinander arbeiten kann und will, egal ob Mitglieder oder Parteitag entscheiden. Wir wollen diese Teamfindung lediglich aus den Hinterzimmern des Parteitages herausholen und diese Entscheidungen – für alle sichtbar – vorziehen.

Ist der Antrag auf einen Mitgliederentscheid rechtlich umsetzbar und satzungskonform?

„§ 8 Mitgliederentscheide: (1) Zu allen politischen Fragen in der Partei, einschließlich herausgehobenen Personalfragen, kann ein Mitgliederentscheid (Urabstimmung) stattfinden.“ So sagt es die Satzung. Und: „Soweit das Parteigesetz eine Aufgabe zwingend

dem Parteitag zuweist, hat der Mitgliederentscheid empfehlenden bzw. bestätigenden Charakter für die Entscheidung des Parteitages.“ Die Urabstimmung wird also der Personalvorschlag an den Parteitag sein, der weiterhin das letzte Wort hat. Unsere Ordnung für Mitgliederentscheide ist seinerzeit nicht entsprechend der Satzungsänderung für Personalfragenentscheidungen angepasst worden und ist verfahrenstechnisch vollkommen offen. Einen Mitgliederentscheid über die Parteiführung eröffnet die Satzung jedoch explizit. Warum Grüne und SPD Mitgliederentscheide umsetzen können, DIE LINKE aber nicht, bliebe für uns ein Rätsel, sofern der politische Wille besteht und das Signal der Basis verstanden wurde.

Richtiger Zeitpunkt?

Diverse Gliederungen der Partei haben bereits Beschlüsse gefasst, die einen Mitgliederentscheid über die Parteispitze fordern. Wir machen diese Forderung konkret. Unsere Unterschriftensammlung zielt explizit auf ein Verfahren. Nicht auf Personen. Dies sollte nicht – ob bewusst oder unbewusst – verwechselt werden. Eine Neuwahl der Parteivorsitzenden steht im kommenden Jahr ohnehin an. Wir fragen lediglich: Wie soll gewählt werden? Andere Parteien, auch im Ausland, nutzen Basisentscheide vor Wahlen als Werbung für sich und um Wähler zu binden. Wenn wir uns aus Lethargie und Stillstand befreien und wieder zu einer lebendigen Partei werden wollen, ist unsere Initiative eine große Chance des Aufbruchs, die wir auch im Hinblick auf mögliche Neuwahlen im Bund nutzen sollten. 5,5 % bei der Europawahl lassen kein „Weiter so“ zu. Innerparteiliche Konflikte durch eine direktdemokratische Entscheidung der Basis zu befrieden, ist das Ziel unserer Initiative.

Warum 1000 Unterschriften?

Da die Gefahr besteht, dass sich bei einer Urwahl so viele Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren möchten, dass es sowohl auf den Regionalkonferenzen als auch auf dem Parteitag zu einem äußerst langwierigen Verfahren kommt, haben wir uns für gewisse Hürden zur Kandidatur entschieden. Vor allem im Interesse von Genossinnen und Genossen, die weite Anfahrtswege zu diesen Versammlungen haben, und im Sinne klar unterscheidbarer Kandidaturen und einer gewissen Übersichtlichkeit ist diese Maßgabe sinnvoll. Aussichtsreiche Kandidatinnen und Kandidaten sollen sich ausreichend vorstellen und Fragen der Basis beantworten können. Auch bei Urabstimmungen in anderen Parteien und jeglichen Wahlantritten ist der Nachweis einer bestimmten minimalen

Unterstützung üblich, u.a. durch Unterschriften. Solche Rahmenvorgaben behindern nicht, sondern ermöglichen erst einen demokratischen Prozess. Alternativ zu 1.000 Unterschriften können Kandidaturen von einem Landesverband oder fünf Kreisverbände ermöglicht werden.

wird, ernst nehmen will, darf das Kostenargument nicht überhöhen. Ja, es werden Kosten entstehen - wir finden jedoch, dass die Befriedung der Partei durch eine Richtungsentscheidung der Basis weit größeren Nutzen für unsere Partei hat.

Nützt die Urwahlinitiative einer bestimmten Strömung oder bestimmten Politiker*innen innerhalb der LINKEN und ist sie geeignet, weitere Unruhe in die Partei zu bringen?

Um die Sache und nur um diese sollte es gehen. Die Begründung des Antragstextes enthält daher auch keine Forderungen, wie der künftige Kurs der Partei aussehen soll oder welche Personen die Partei künftig führen sollen. Soweit dies mit der Satzung in Einklang zu bringen ist, könnte auch die aktuelle Parteispitze im Rahmen der Urwahl erneut kandidieren. Gefordert wurde eine Urwahl bereits von unterschiedlichsten und gegensätzlichen Strömungen der Partei, bspw. von der Sozialistischen Linken¹ oder Politikern wie Bodo Ramelow und Katja Kipping². Der Vorschlag ist damit kein Alleinstellungsmerkmal einer Strömung. Die einzige Frage kann also sein, wann eine Urwahl sinnvoll ist. Sofern der strömungsübergreifende Konsens ist, dass eine Urwahl sinnvoll ist, worauf die genannten Namen hindeuten, kann aus unserer Sicht kein besserer Zeitpunkt bestehen als jetzt. Die Vorsitzenden waren acht Jahre im Amt. In wenigen Monaten wird ohnehin neu gewählt. Zu jedem anderen Zeitpunkt - in den vergangenen acht Jahren oder folgenden - könnten Vorwürfe erhoben werden, eine Urwahlinitiative richte sich gegen amtierende Vorsitzende. Ausschließlich zum jetzigen Zeitpunkt wird niemand durch die Umsetzung einer Urwahl in Frage gestellt.

Verursacht die Urwahl nicht zusätzliche Kosten für die Partei?

Ja. Es ist davon auszugehen, dass durch die Urwahl zusätzliche Kosten entstehen. Diese sind jedoch abzuwägen mit der Stärkung der innerparteilichen Demokratie. Die Ergänzung der Satzung, wonach neben politischen Fragen auch herausgehobene Personalfragen Gegenstand einer Urabstimmung sein können, ist seinerzeit durch die Delegierten des Bundesparteitages bewusst vorgenommen worden, um die innerparteiliche Demokratie zu stärken. Wer Basisdemokratie, die in vielen anderen Parteien Deutschlands und Europa praktiziert

1. <https://sozialistische-linke.de/2019/07/16/resolution-der-mv-vom-14-7-2019-kein-weiter-so-die-linke-braucht-zusammenhalt-und-eine-strategiedebatte/>
2. <https://wirsinddielinke.wordpress.com/2012/05/16/hello-world/?fbclid=IwAR0anctrvI tmeIvjuOvPAAbEPOU5dEKN5LFgzFITARWEXwR4cSwA4ZjVfd4>